

Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten. Mehrspurige Autostraßen bringen mehr Lärm und Abgase. Ein mehrspuriger Ausbau der B 317 könnte sogar die regionale Wirtschaft und Infrastruktur ausdünnen und mehr Menschen zum Pendeln zwingen.



Transithölle Steiermark?

Die B317 zwischen Judenburg und der Kärntner Grenze soll durchgehend mehrspurig ausgebaut werden. Die Bewohner wehren sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebensqualität.

Gegen den Ausbau der B 317 zu einer mehrspurigen Autobahn gibt es Widerstand. Hunderte von besorgten BürgerInnen nahmen in Neumarkt an einer Informationsveranstaltung teil. Der Verkehrsexperte Hermann Knoflacher warnte eindringlich: Durch den Ausbau zur Autobahn wird diese Strecke für den Transitverkehr erst richtig attraktiv. „Autobahn ist Mord an der Region. Klingt furchtbar, ist aber so“, warnt der Verkehrsexperte.

Tatsächlich droht eine Verkehrshölle, die die engen Täler mit Lärm und Abgasen füllt. Fritz Gurgiser vom Transit-Forum Tirol schilderte, wie sehr die Tiroler Bevölkerung unter dem Transitverkehr leidet. „Wird diese Straße gebaut, wird Ihre Region zur Transitregion. Sie kriegen nur Lärm und Abgase!“, fand Knoflacher klare Worte bei der Bürgerversammlung in Neumarkt.

Keine Lebensqualität

Renate Pacher befürchtet entlang der B317 eine Ver-

schlechterung der Lebensqualität. „In unserer kapitalistischen Privatwirtschaft werden immer mehr Produktionsstätten ins Ausland verlagert. Die regionale Wirtschaft und Infrastruktur werden ausgedünnt, Postämter, Nahversorger oder Schulen geschlossen. Die Menschen werden zu Pendlern, die der Arbeit nachfahren. Aus Profitgründen betreiben Firmen keine Lagerhaltung, LKWs sind das rollende Lager. Der Verkehr nimmt zu, die Lebensqualität sinkt“, sagt die KPÖ-Landtagsabgeordnete. Ausländische Waren überschwemmen

unsere Märkte, auch weil der Transport so billig ist.

Schiene statt Straße

Der öffentliche Verkehr ist teuer und schlechter ausgebaut als etwa in der Schweiz, wo die Straßen zu Gunsten der Schiene Nachrang haben. Eine eigenständige Verkehrspolitik ist Österreich durch die EU verwehrt.

Wenn viele AnrainerInnen durch den Ausbau der B 317 eine enorme Verschlechterung ihrer Lebensqualität befürchten, dann sind diese Sorgen berechtigt, so Renate

Pacher. Für Orte mit starkem Durchzugsverkehr, wie z.B. Unzmarkt, Scheifling oder Neumarkt, muss es Lösungen im Sinne der dort lebenden Bevölkerung gefunden werden. „Der Ausbau zur mehrspurigen Autobahn schadet der Bevölkerung und nützt ausschließlich der schrankenlosen Profitwirtschaft“, so das Resümee von Renate Pacher.

Mehr als 700 Teilnehmer bei der Informationsveranstaltung in Neumarkt sehen ihre Zukunft gefährdet und haben sich gegen den Ausbau ausgesprochen.

MÜLLABFUHR BALD TEURER?

Streit um Müllberg

Die Müllabfuhr wird teurer, wenn sich Private den Gewerbemüll unter den Nagel reißen und öffentliche Entsorger auf den Haushalten sitzen bleiben.

Was den Meisten gewaltig stinkt, ist für die privaten Müllentsorger ein gefundenes Fressen – der Restmüll. Dessen Entsorgung wird derzeit von den Gemeinden kontrolliert – noch. Denn die Wirtschaftskammer hat bei der EU Klage eingereicht: Industrie, Gewerbe, Handel wollen ihren Müll auf eigene Faust billig entsorgen lassen.

Sollte die Klage durchgehen, bleibt den öffentlichen Entsorgern nur noch der Restmüll der Haushalte

und das Säubern öffentlicher Parks oder Plätze. Man könne dann nur noch die wertlosen Müllreste entsorgen, während sich die privaten Entsorger die wertvollen Kreisläufe sichern, meint dazu Gerhard Egger, der Leiter der Grazer Wirtschaftsbetriebe. Die Haushalte müssten für das Abholen des Restmülls tiefer in die Tasche greifen, wenn sich die Privaten den Gewerbemüll sichern. Denn die Einnahmen aus dem Gewerbe fallen weg, der große Aufwand zum Betreuen



„Wege aus der Abfallmisere“ heißt eine Broschüre der KPÖ, die sich eingehend mit der Müll-Thematik beschäftigt. Sie kann kostenlos via Mail (bildungsverein@kpoe-steiermark.at) oder telefonisch: 0316 / 877 - 5102 bestellt werden.

der Haushalte hingegen bleibt gleich.

Der Versuch der KPÖ, die Menschen vor eines weiteren Privatisierung der Müllentsorgung damit vor höheren Tarifen zu schützen, ist im Landtag an der ÖVP gescheitert.